Matthias John: *Konrad Haenisch (1876-1925) – »und von Stund an ward er ein anderer«*. – Berlin: trafo-Verlag Weist 2003 (= Reihe: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung/Kleine Reihe Biographien; Bd. 2), 148 Seiten, Eur 9,80.

Unter den Journalisten der SPD ist Konrad Haenisch fast vergessen. Immerhin findet sich sein Name heute in der Neuen Deutschen Biographie (7. Bd., S. 442-444) und in Lexika. Der zeitweilige Kultusminister und Regierungspräsident stammte aus Greifswald. Der Vater war Arzt, die Mutter eine geborene von Forstner; unter den Vorfahren mütterlicherseits wird Maximilian Graf von Schwerin-Putzar (1804-1872) erwähnt, der 1848/49 preußischer Kultusminister und 1859-62 Innenminister war. Haenisch brach vor dem Abitur aus dem familiären Milieu aus und landete bei den Sozialdemokraten, die den 20jährigen als Redner schätzten. In Leipzig hörte er Vorlesungen bei Karl Bücher, auf dessen statistische Analysen zwei Aufsätze von Haenisch um 1900 in der »Neuen Zeit« zurückgehen. Ein Volontariat bei der als »links« geltenden »Leipziger Volkszeitung« brachte Haenisch mit einigen marxistischen Koryphäen wie Franz Mehring und Rosa Luxemburg sowie dem später bei Hugo Stinnes gelandeten Paul Lensch zusammen. Wichtig wurde die Freundschaft mit dem russischen Sozialrevolutionär Alexander Helphand (alias Parvus), der im 1. Weltkrieg die Zeitschrift »Glocke« finanzierte, die Haenisch redigierte. Nach Stationen bei Arbeiterblättern in Ludwigshafen und Dresden leitete er 1900-05 und 1906-11 die »Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung« in Dortmund, wo er sich als Theaterkritiker hervortat, der sich besonders für das naturalistische Theater einsetzte. Nach Kriegsausbruch 1914 trennte sich Haenisch radikal von seinen marxistischen Positionen. Seit November 1918 preußischer Kultusminister, musste er das Amt nach verlorenen Landtagswahlen 1921 abgeben. Die Universität Frankfurt a. M. verlieh ihm kurz danach die Ehrendoktorwürde. Seit 1923 Regierungspräsident in Wiesbaden, starb Haenisch zwei Monate nach dem Reichspräsidenten Ebert 1925.

Haenisch redigierte von 1913-1920 die »Mitteilungen« des von ihm mitbegründeten Vereins Arbeiterpresse. Seit 1923 war er Vorsitzender des Republikanischen Reichsbundes.

Matthias John, Historiker in Leipzig, hat die vorliegende Literatur durch die Ergebnisse seiner Archivstudien in vielen Details ergänzt. Er ar-

beitet die janusköpfige Natur Haenischs heraus, ohne in Polemik zu verfallen.

KURT KOSZYK, München

Gabriele Melischek/Josef Seethaler (Hrsg.): *Die Wiener Tageszeitungen. Eine Dokumentation*. Bd. 4. 1938-1945. Mit einem Überblick über die österreichische Tagespresse der NS-Zeit. – Frankfurt am Main etc.: Peter Lang 2003, 530 Seiten, Eur 70,60.

Die von der Österr. Akademie der Wissenschaften geförderte Dokumentation, die im 5. Bd. bis 1955 gediehen ist, belegt den in der Wiener Forschung nach Kurt Paupié (1960) eingetretenen Paradigmenwechsel. Der Publikation gelingt es »auf einer zunehmend breiteren Basis gesicherter Erkenntnisse über Medien und handelnde Akteure, Institutionen wie Personen« (S. 10), tiefer in die Akzeptanz von NS-System und der -Politik in der österreichischen Öffentlichkeit einzudringen. Der von Bohrmann in der Einleitung (S. 15-30) hervorgehobene Methodenpluralismus (S. 29) fördert den Erkenntnis-Gewinn über Strukturen und Personen, von denen zwei, Wilmont Haacke (geb. 1911) und Franz Ronneberger (1913-1999), auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle spielten.

Den darstellenden Teil bilden sechs Aufsätze. Die Herausgeber behandeln außerdem die »Entwicklung der österr. Tagespresse 1938 bis 1945« mit eindrucksvollen Schaubildern und Statistiken (S. 191-211). W. Müller (S. 35-84) schildert die »NS-Presselenkungsinstitutionen in Wien und ihre Leiter«. Unter letzteren fällt der im Nachkriegsdeutschland als Publizist und Verleger aktive Zeitungswissenschaftler Helmut Sündermann auf. Als Lehrbeauftragter in Leipzig wird Peter Gast erwähnt.

Matauschek (S. 85-108) deckt die ähnlich den Maßnahmen im »Altreich« in Österreich durchgeführte Schließung von Betrieben, erzwungene Übernahme und Verkäufe sowie die Verfolgung von Eigentümern aus rassistischen und politischen Gründen auf. Schon 1939 war die Hälfte der 17 Wiener Zeitungsbetriebe mit 18 publizistischen Einheiten und 25 Ausgaben ausgeschaltet; bei Kriegsende blieben fünf Betriebe übrig. Die Bundesregierung Dollfuß hatte dieser Praxis seit 1934 vorgearbeitet. Bei der Überführung von Verlagen in die Auffanggesellschaften